

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
Publikationsorgan der Zentral-Funktor- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 21 Erscheint jeden Sonntag Gotha, 25. Mai 1919 33. Jahrg.
Abonnementspreis: Hal. J. — für das Vierteljahr.
S. bezogen durch alle Postämter. (Erscheinung: Nr. 174) 3 monatliche Heftzahl. — Stellen-
vermittlung — Angeh. — 10 Pf.

66. Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 66500!

Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft?

In diesen Tagen laufen die Leder- und Schuh-Fabrikanten gegen die Zwangswirtschaft in der Leder- und Schuh-Industrie.

Von den Leder-Fabrikanten wurden uns dies weniger, als ja von Anfang an Gegner der Zwangswirtschaft war. Ihr „Weggen blühte“ am besten unter der freien Wirtschaft, so wie sie sie verstanden. Man braucht ja nur an die großen Gewinne zu denken, die die Leder-Industrie in den Kriegsjahren und bevor die Zwangswirtschaft eingeführt wurde, einbrachte.

Doch aber auch die Schuh-Industriellen jetzt nichts bestreiten zu tun wissen, als sich mit der Leder-Industrie zu vereinigen, um gemeinsam mit dieser die Zwangswirtschaft zu beseitigen, ist schon weniger verständlich. Waren es die Schuh-Fabrikanten, die mit großer Einnüchtheit die Aufhebung von Lederhöchstpreisen und die Zwangsbeschränkung von Leder später auch von Schuhen fordereten, so diese Zwangsbeschränkung war es möglich, die Leder- und Schuh-Industrie auf einer erträglichen Höhe zu halten.

Wenn wir uns nun die Frage überlegen, ob die Zwangswirtschaft gegenwärtig schon aufgehoben werden kann, müssen wir, um diese Frage zu beantworten, auf die Ursachen zurückgehen, die es notwendig machten, die Zwangswirtschaft einzuführen. Die Ursache lag in der großen Lederknappheit und den damit zusammenhängenden steigenden Preisen des Leders. Diese Ursachen sind bestritten. Als noch die Aufhebung der Zwangswirtschaft keine Häute und Leder für die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat, angehalten, der sich allmählich herausgebildet hat, angehalten. Von der Leder-Industrie wird noch besonders nachgeführt, da unter der Zwangswirtschaft keine Häute und Leder eingeführt werden können. Würde die Zwangswirtschaft aufgehoben, dann kämten die alten Beziehungen zum Ausland wieder angetrieben und Rohmaterial eingeführt und damit auch die Arbeiter besser beschäftigt werden.

Was zunächst den Schleichhandel anbelangt, so ist es nicht, daß dieser immer größeren Umfang annimmt und es nicht zutrifft, daß etwa 40 Prozent des Leders nicht mehr auf dem regulären Weg, sondern auf Schleichwegen an den Markt gebracht wird. Aber das ist doch nur möglich, weil die Leder-Höchstpreise einen großen Teil der Leder-Fabrikanten nicht genug waren, sie ihr Leder unter Umständen der Lederkontrollstelle im Schleichhandel an Lederhändler, Schuhfabrikanten und Schuhmachermeister abzugeben, dadurch noch einen höheren Gewinn zu erzielen, als wie die Lederhöchstpreise gewährleisteten. Wenn die Leder-Fabrikanten keine Häute mehr im Schleichhandel erwerben, und selbst kein Leder im Schleichhandel verkaufen, dann hört der Schleichhandel selbst auf.

Es ist zuzugeden, daß die Regierung und deren Organe nichts oder nur sehr wenig getan haben, um den Schleichhandel zu bekämpfen. Hier muß unbedingt Remedur geschaffen werden. Es muß eine Verordnung erlassen werden, wonach alle im Schleichhandel erworbene Ware ohne jede Einschränkung sofort enteignet wird und es müssen außerdem für den Verkäufer der Ware sehr hohe, der Kapitalkraft des Verkäufers entsprechende Geldstrafen festgesetzt werden. Gerade dies und wird rücksichtslos durchgeführt, zieht man zur Überwindung der Betriebe die Betriebsräte heran, dann sind die Betriebe, daß der Schleichhandel wirksam bekämpft werden kann.

Auch der andere Einwand, daß bei der Zwangswirtschaft die Einfuhr unterbunden sei, trifft nicht zu. Die Regierung hat, bis vor kurzem allerdings, große Schwierigkeiten gemacht. Aber in letzter Zeit hat sich die Regierung dem entsagt, ohne weitere Formalitäten die Einfuhr von Häuten und Fellen zu erteilen. In einer verhältnismäßig kurzen Zeit wurde die Einfuhr von Häuten für eine große Menge von Häuten erteilt, daß selbst in hochgradig entwickelten Ländern, ob solche Mengen überhaupt vorzeitig im Ausland liegen. Durch diese Einfuhrbewilligungen ist der Markt erbracht, daß die Zwangswirtschaft kein Hindernis

für die Einfuhr bildet. Die Gründe also, die gegen das Weiterbestehen der Zwangswirtschaft ins Feld geführt werden, treffen nicht zu. Es sind vielmehr andere Gründe, wovon nicht ein großer Teil der lautesten Schreier.

Wir haben oben angeführt, daß die Ursachen, die zur Festsetzung von Höchstpreisen und zur Zwangswirtschaft führten, auch heute noch bestehen. Das Inlandgefälle geht immer mehr zurück, da weniger geschlacht wird und infolge der geringen Ausmüchtung werden die Häute immer geringer an Qualität. Dieser Zustand wird auch noch für längere Zeit bestehen bleiben. Bleibt also nur noch die Möglichkeit, der Einfuhr, die aber, wie schon angeführt, auch unter der Zwangswirtschaft besteht. Im Frieden haben wir jährlich für rund 500 Millionen Mark Häute und Felle eingeführt. Das gegenwärtig auch im Ausland großer Mangel an Häuten vorhanden ist, braucht nicht besonders betont zu werden.

Es ist also ganz unmöglich, daß wir solche Quantitäten einführen können. Aber selbst, wenn diese Mengen da wären, könnten wir sie gar nicht einführen, da wir für die gleiche Summe heute höchstens ein Viertel der früheren Menge erhalten könnten. Es wird also die Lederknappheit noch für längere Zeit weiterbestehen. Die Folge der Aufhebung der Höchstpreise in der Zwangswirtschaft wäre also die, daß die heutigen hohen Schleichhandelspreise zum Normalpreis würden. Das wird von den Verkäufern der „Freien Wirtschaft“ auch ohne weiteres zugegeben. Sie meinen, das sei aber nur vorübergehend der Fall, die Einfuhr würde sehr bald Ansehen und Nachfrage regulieren, wodurch der Preis wieder sinken würde. Das ist nicht zureichend, bis, solange eine solche Lederknappheit auf dem Weltmarkt besteht, leuchtet ohne weiteres ein. Für das Rio Bodendeck, welches einen Höchstpreis von 18,50 Mk. hat, werden heute im Schleichhandel 35 Mk. bis 40 Mk. bezahlt. Skafel, die im Schleichhandel verkauft werden, kosten 100 Mk. bis 120 Mk. und mehr. Das würden die Preise sein, die bei Aufhebung der Zwangswirtschaft von den Verbrauchern zu bezahlen wären.

Der Konjunkturgewinn, den durch die Aufhebung der Leder-Höchstpreise vornehmlich die Lederer einführen, würde in die Hunderte von Millionen gehen.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft würde aber noch einen anderen Nachteil für die Arbeiter der Schuh-Industrie haben. Heute wird jedem Schuh-Fabrikanten das Leder pro Kubikmeter seines Friedensverbrauchs zugeteilt. Wird die Zwangswirtschaft aufgehoben, dann werden sich die kapitalstärksten Firmen das wenige Leder aneignen und ein großer Teil der kleinen und mittleren Fabrikanten wird überhaupt kein Leder mehr erhalten und können ihre Betriebe schließen, die Arbeiter werden arbeitslos. Wird dagegen die Zwangswirtschaft beibehalten und die zur Verfügung stehende Ledermenge reichlich zur vollen Beschäftigung aller Betriebe gleichmäßig im Jahre 1918 die Arbeitszeit für alle Betriebe gleichmäßig verlängert und die Arbeiter für die ausfallenden Arbeitsstunden entschädigt werden.

Wir haben im Vorstehenden versucht, die Frage der Beibehaltung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft objektiv zu prüfen und kommen zu dem Schluss, daß es vom Standpunkt der Arbeiter der Schuh-Industrie, sowie der Konsumenten aus betrachtet unmöglich ist, der Aufhebung derselben zuzustimmen. Um die Mängel, die sich herausgestellt haben, zu beheben, ist es notwendig, daß die Regierung die härtesten Mittel anwendet, um den Schleichhandel zu unterbinden. Unter keinen Umständen aber geht es an, das ein so wichtiges Produkt, wie Leder- und Schuhwerk, das ein so wichtiges Produkt, wie Leder- und Schuhwerk, durch Aufhebung der Höchstpreise und Zwangswirtschaft noch weiter übermäßig verteuert wird.

Stimon.

Richtlinien für Gewerkschaften.

Die von der Vorstandskonferenz beschlossenen Richtlinien haben folgenden Wortlaut:
1. Die Gewerkschaften haben in der Periode der kapitalistischen Wareproduktion die Arbeiter zum Klassenkampf erregt. Sie haben große Massen der Arbeiter in Kampfen gegen die Unternehmer erregt, sie in Lohnkämpfen geschult und durch wirtschaftliche Bildung zu Er-

kenntnis ihrer Lage und zum Bestehen der gewerkschaftlichen Zusammenhänge gebracht. Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelangen systematischen Kämpfen den Unternehmern nicht nur Arbeitszeiterweiterungen und Lohnerhöhungen abgerungen, sondern auch die Stellung der Arbeitnehmer in den von den Gewerkschaften beeinflussten Betrieben der Arbeitgebervermittlung entgegen. Sie haben der Arbeiterkraft die Anerkennung ihrer Organisation als gleichberechtigten Vertragspartner erkämpft und in beträchtlichem Umfang die gewerkschaftlichen Erfolge durch kollektive Arbeitsverträge sichergestellt. Sie haben ferner die Umwandlung des Arbeitsrechts, indem ein einseitiges Herrrecht des Unternehmers, zum paritätischen Recht angebahnt und gefördert sowie auf die Sozialpolitik und die Gesetzgebung einen steigenden Einfluß ausgeübt.

2. Am Vorabend der politischen Revolution hatten die Gewerkschaften die Unternehmung bereits zur Erfüllung der wesentlichen Arbeiterforderungen gezwungen und sie auf den Weg der wirtschaftlichen Demokratie gedrängt, durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften, in denen alle Fragen des Wirtschaftslebens und der Sozialpolitik in gleichberechtigter Betätigung von Unternehmern und Arbeitern gelöst werden sollten. Alle diese Erfolge der Gewerkschaften sind wertvolle Errungenschaften, haben aber die berechtigten Forderungen der Arbeiterkraft und somit die Aufgaben der Gewerkschaften erst zum Teil erfüllt. Der Kampf der Gewerkschaften muß deshalb fortgesetzt werden.

3. Die Revolution hat die politische Macht der Arbeiterklasse gestürzt und damit zugleich ihren Einfluß auf die Gestaltung der Volkswirtschaft vergrößert. Der Wiederaufbau des durch den Krieg gerüttelten Wirtschaftslebens wird sich im Abbau der Privatwirtschaft vollziehen. Diese Umwandlung muß planmäßig betrieben werden und wird von den Gewerkschaften gefördert.

4. Die Gewerkschaften erblicken im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der wirtschaftlichen Organisation. Die von ihnen erstrebte Betriebsdemokratie und Umwandlung der Einzelbetriebe in Kollektivbetriebe sind wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung. Die weitere Mitarbeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist unentbehrlich.

5. Die Gewerkschaften haben auch in der Gemeinwirtschaft und selbst in völlig sozialisierten Betrieben die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber Betriebsleitung, Gemeinde und Staat zu vertreten. Sie sind deshalb auch im Zeitalter des Sozialismus notwendig. Die soziale Fürsorge der Gewerkschaft macht die gegenseitige Hilfe der Arbeiter in ihren Organisationen nicht entbehrlich. Die Gewerkschaften fordern von der Gesellschaft eine ausreichende Fürsorge für die Bedürftigen, insbesondere für die Erwerbsfähigen, Erwerbsbeschränkten und ohne eigenes Verschulden Erwerbslosen. In dem Maße der Bewirtlichung und Sicherung dieser öffentlichen Fürsorge können die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen aufgebaut werden.

6. Die Interessengruppen zwischen Betriebsleitungen und Arbeitnehmern werden auch in der Gemeinwirtschaft nicht völlig beseitigt werden können. Selbst wenn Arbeitsverhältnisse infolge des sozialen Arbeitsrechts und demokratischer Mitbestimmung der Arbeitnehmer eingeschränkt werden können und im Interesse der sozialistischen Wirtschaft durch schiedsgerichtliche Verfahren nach Möglichkeit verhütet werden müssen, können die Arbeitnehmer auf das Streikrecht nicht verzichten.

7. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetrieb beginnend bis in die höchsten Stufen der zentralen Wirtschaftsorganisation, verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe hat freigelegte Arbeiterorganisationen (Betriebsräte) zu schaffen, die im Einklang mit der Gewerkschaft zu stehen und deren Macht geteilt, in Verbindung mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Reduktionskraft. Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in der Kollektivverträge auf Grund gesetzlicher Bestimmungen festzulegen.

Die Vorbereitung der in diesen Mitteilungen aufgeführten Forderungen ist Aufgabe der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in den einzelnen Industrie- und Berufsgruppen, die sich im Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer Gesamtpartei der Arbeit vereinigt haben. Den zum Deutsches Gewerkschaftsbund gehörigen Gewerkschaften kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin beitreten. Politische oder religiöse Lagerabgrenzung in diesen Organisationen kein Hindernisgrund für den Beitritt.

9. In den Gemeindegewerkschaften oder größeren Wirtschaftsgebieten übernehmen die aus Urwahlen mit beruflicher Gliederung herorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der seitherigen örtlichen Gewerkschaftsstellen. An Stelle der letzteren treten Ortsausschüsse des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die ihre Tätigkeit auf die rein gewerkschaftlichen Aufgaben beschränken und daneben die Verbindung der Gewerkschaften mit den Arbeiterräten herstellen.

10. Außer diesen örtlichen Arbeiterräten sind Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlrecht zu beschreiben. Diefelben können mit entsprechendem zusammengefaßten Vertretungen der Betriebsleiter gemeinsam sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Sachverständigenorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) handeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten sowie Vorschriften für die Organisation der Betriebe und Wirtschaftszweige zur deren Sozialisierung ausarbeiten und ihre Durchführung überwachen.

11. Die Gewerkschaften können nach ihrem Charakter als Vertretung reiner Arbeiterinteressen nicht selber Träger der Produktion sein, als welche die Wirtschaftskammern zu gelten haben. Ihnen fällt aber die Führung einer zielbewußten Arbeiterpolitik innerhalb der Wirtschaftskammern zu. Sie haben grundsätzliche und praktische Richtlinien für die Arbeitervertreter aufzustellen und für die dauernde Verbindung dieser Vertreter untereinander und mit den Gewerkschaften Sorge zu tragen. Sie müssen umfassende Maßnahmen gegen und Produktionsbedingungen, der Technik und Betriebsverwaltung in der Arbeiterpolitik zu verbreiten und damit bei dieser die Kräfte auslösen, die zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsreform nötig sind.

Fürsorge.

Das Wort Fürsorgeziehung hat in manchen Kreisen einen üblen Klang und wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, jahrelang in derselben tätig war, begreift das Mißtrauen, mit welchem die Öffentlichkeit gut gemeinte Einwirkung bedacht worden ist. Doch wir wollen uns nicht über die Licht- und Schattenseiten des Fürsorgegesetzes unterhalten, sondern die Frage behandeln, in welcher Weise eine freie und ungeschwungene Fürsorgeziehung in den Arbeitsstätten möglich ist. Da es Arbeiter gibt, besonders jugendliche, die der Fürsorge, der guten Beeinflussung, die möchte sagen: der Bemutterung, bedürfen, ist es eine anerkannte Tatsache. Gewiß ist die Werkstatt kein Konfliktumfeld oder ein Jünglingsverein, aber manchem jungen Mann ist ein freundlicher Fingerzeig oder ein wohlgemeinter Rat doch lieber als eine grobe Rüge oder gar Entlassung. Eine traurige Folge des Krieges ist die mangelhafte Ausbildung der jugendlichen Handwerker. Manche sind vor Beendigung ihrer Lehrzeit zum Heeresdienst eingezogen worden, andere haben während einer langen Dienstzeit die Übung im Beruf verloren, und vielen ist die Lust an Arbeiten überhaupt vergangen, wenn sie früher auch schloßensorglose Menschen waren. Den Werkstättenführern und Vätern wird durch diesen Mißstand oft eine schwere Geduldssprüfung auferlegt, und aufgeregte und nervöse Vorgesetzte kennen dann anders keinen Rat, als Entlassung der ihnen nicht zuzugewandten Arbeiter. Wären sie Menschen, die Rücksicht und den guten Willen zum Helfen begehren, so würden sie auch andere Wege zum friedlichen Ausgleich finden. Wir würde folgender Fall betreffen. Ein junger Mann, der im letzten Jahre seiner Schulzeit zum Heeresdienst eingezogen worden war, fand anfangs dieses Jahres nach seiner militärischen Entlassung Stellung als Schuhmachergeselle in einem größeren Betriebe. Der Geschäftsinhaber und sein Werkführer waren mit ihm zufrieden und billigten ihm einen Stundenlohn von 1,50 M. zu. Später erkrankte der Werkführer und einer der älteren Arbeiter bekam vertretungswise den Posten. Eines Tages, es war kurz vor Ostern, trat dieser neue Nachfolger an den jungen Mann heran und forderte ihn auf, die Arbeit niederzulegen, da er mit seiner Arbeitsleistung nicht zufrieden sei. Der junge Mann gedachte schweren Herzens, da er gerne arbeiten wollte. Der Werkführer meinte nachher: „Hörst du? Gott hat ihn fertig!“ — Ein frommer Wunsch, nicht wahr? Dieses geschah in einem sozialdemokratisch organisierten Betriebe an einem sozialdemokratisch organisierten Arbeiter, von einem sozialdemokratisch organisierten Werkführer. Dem Felle da nicht des großen Weisen Wort: „So man das mit dem grünen Hute, was soll es denn am dünnen werden?“ — So mit seine herben Worte gebrauchen, da ich aus Erfahrung weiß, daß Demut und Milde mehr ausrichten, als Schimpfen und Drohen. Nur möchte ich die Frage aufwerfen: Wie sieht es im Falle des betreffenden jungen Mannes kein böses zu dem Finden als dessen Entlassung? Zumal in dieser ersten und kürzeren Zeit, wo junge Leute, die fern von der Heimat in der Obhut arbeiten, so leicht der Verführung ausgesetzt sind. Wäre der Werkführer ein Mensch mit Herz und Menschlichkeit gewesen, dann hätte die Anglegenheit über einen besseren Ausweg genommen. Er hätte den jungen Mann zum Sitzen ermahnen oder ihm eine weitere Arbeit zuweisen können. Er hätte ihm einen Platz

an der Seite eines tüchtigen Gesellen einräumen können, um mit diesem hand in Hand zu arbeiten. Wenn diese Mittel nicht den gewünschten Erfolg gehabt hätten, was ich aber nicht bezweifle, dann könnte eine Lohnsenkung oder Entlassung angeordnet werden. Hätte auch das nichts ausgerichtet, dann wäre gegen eine Entlassung nichts einzuwenden gewesen. Diese plötzliche Entlassung konnte unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber überhaupt nicht vorkommen, wenn die Vertrauensleute und die anderen Kollegen sich des Verantwortlichkeitsgefühls bewußt gewesen wären. Wenn der Sozialismus nicht das feste Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der ganzen Arbeiterschaft in uns weckt und stärkt, dann ist er nur eine Phrase und ein leeres Wort. Wie soll der Sozialismus eine Macht werden, wenn Gleichgültigkeit, Trägheit und Streitsucht an der Tagesordnung sind. Der Berufssoldat, dem Alter und Erfahrung den Blick für Recht und Wirklichkeit geklärt haben, soll die jüngeren Kollegen beraten und belehren, und helfen, daß der Geist der Einigkeit und Gleichheit alle Übeln und Unebenheiten überbrücke und ausgleiche. Wenn wir in diesem Sinne Fürsorge und gute Beeinflussung üben, dann können wir dem Sozialismus die Siegesbahn bereiten zum vollen Triumph. In andern Fällen pflastern wir den Sieger zum neuem, schlimmeren Elend, zum, als wir es vor dem Kriege hatten.

Vom Wert des Geldes.

Warum sind hundert Mark keine hundert Mark wert?

IL
Für den Abbau der Lebensmittelpresse, wofür schon so viel geschrieben wurde, ist bis heute noch nicht viel mit durchgreifendem Erfolg unternommen worden. Die Höchstpreisfestsetzung war vielfach deswegen wirkungslos, weil die Produzenten daraufhin geradezu eine Warensperrung erließen, dagegen den Höchstpreis erst recht zur Unpflanzung blühen ließen. So ist die Kaufkraft des Geldes auf einen Bruchteil dessen herabgesunken, wie sie vor dem Kriege war. Schon der Selbsthaltungstrieb wird die Arbeiterschaft zwingen, die Anpassung des Lohnes an die Kaufkraft des Geldes durchzuführen. Die Arbeiter müssen danach streben, den Lohn auf die Höhe zu bringen, die er mindestens dieselbe Lebenshaltung ermöglicht, die der Lohn vor dem Kriege gestattete. Schon aus dem Grunde, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf den früheren Stand zu bringen. Ist dieses notwendig. Die Gewerkschaften können aber auch gar nicht in ihrer Lohnpolitik einen baldigen Abbau der Preise in Rücksicht nehmen, d. h. mit Lohnforderungen zurückhalten, weil andere Faktoren bewirken müssen, daß eine beabsichtigte Preisentziehung so bald gar nicht zu erwarten ist, wie wir in nachfolgendem sehen werden.

Wir haben bereits erwähnt, daß das Geld nicht nur als Hilfsmittel zum Warenaustausch fungiert, sondern es ist vor allem auch das Mittel zur Kapitalbildung. Gerade das hat die Kriegszeit drastisch bewiesen. Während des Krieges hat sich das private Vermögen in seinem gesamten Umfang vermehrt. Sehr viele Leute sind in diesem Kriege sehr reich geworden. Mit einer Raffinerie sondersgleichen hat die Kapitalbildung ungeheure Fortschritte gemacht. Die Quellen dieses Reichtums waren einerseits die diesseitig ins Ausland gehenden Handelsprofite, auf der anderen Seite industrielle Kriegsgewinne, denn auf Kriegszufuhrungen war bekanntermaßen fast das ganze Wirtschaftsgeschehen eingestellt.

Den Vorgang dieser Vermögenssteigerung kennen wir: Als „Kriegsanleihe“ ließ das Geld zuerst in den Staatskästen, von da wieder in Form von Lieferungsabzahlung in die Taschen der Kriegsteilnehmer. Aus diesen Kreisen sammelte sich wieder ein Teil des Profits zur nächsten Kriegsanleihe-Zahlung, um dann wieder zur Begleichung neuer Lieferungen zu dienen. Dieser Kreislauf, sozusagen ein- und dasselbe Geldes wurde immer wieder von neuem angetreten, immer mit derselben Endbestimmtheit: im Reichs-Schuldbuch mußte eine immer größere Schuld zur Eintreibung gelangen, und dementsprechend ist eine immer größere Menge von Wertpapieren (Schuldbriefdarstellungen oder Scheckausweisungen) in die Hände der Geldgeber gelangt. Das ist die Erhöhung der Vermögen in Form von Staatsanleihe. Die Kapitalisten haben aber nicht etwa alle Profite in Kriegsanleihe angelegt. Ein erheblicher Teil der Profite wurde in Erwartung eines größeren Gewinns in Industrie- und Handelsunternehmungen investiert, d. h. die überschüssigen Gelder wurden zu Betriebsverlängerungen, Kapitalerhöhungen oder zu Betriebsverlängerungen, Kapitalerhöhungen, verwendet. Dies zeigte sehr deutlich die Entwicklung der Genossenschaften und der Aktiengesellschaften. Die Statistik sagt uns z. B., daß im Jahre 1917 derartige Neugründungen im Kapitalbetrage von nicht weniger als 870 000 000 Mark (570 Millionen M.) erfolgten, und daß sich die Kapitalerhöhungen bereits bestehender Gesellschaften und Genossenschaften auf 606 Mill. Mark beliefen. Im ersten Halbjahre 1918 allein hat nach Mittellungen der Finanzzeitung „Die Bank“ diese Kapitalerhöhungen rund 820 Millionen Mark betragen!

Es läßt sich an diesen Beispielen erkennen, welche Fortschritte die Kapitalbildung auch in der letzten privaten Industrie hat machen können.

Unter „Kapital“ haben wir dasjenige Vermögen (Geld oder sonstige Objekte) zu verstehen, welches Zinsen oder Profite abwirft: als einesseits des in Staatspapieren angelegte Geld, andererseits das in Grund und Boden, in Gebäuden und Fabrikanlagen, im Handel und Verkehr angelegte Geld. Bekanntlich pflegt man die Summe des Vermögens der Privatpersonen in einem Staate mit dem Ausdruck „Volkvermögen“ oder auch „Nationalvermögen“ zu bezeichnen. Betrachten wir diese Sache einmal unter diesem großen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt, so ist wohl nicht zweifelhaft

gefolgt mit der Behauptung, daß durch die ungeheure Vermehrung des Krieges die Summe dieses Vermögens (sicherlich sich geradezu verdoppelt hat). Das heißt vor dem Kriege hätten namhafte Volkvermögen für Deutschland das „Volkvermögen“ auf etwa 250 Milliarden Mark geschätzt.

Bei näherer Betrachtung aber merken wir, daß der Krieg neue hinzugekommene Werte aber nur zu einem Teil sind. Die Dotation, die dahinter steht, nämlich das Geld, die Gebäude, Grund und Boden, Fabrikanlagen, sind nicht auch entsprechend größer geworden. Es ist hier ebenso wie mit dem vermehrten papierenen Vermögen. Das Allgemeinvermögen hat wohl eine „Streckung“ erfahren, insofern mangelnder Bedingungsgegenstände für die Vermögensgegenstände geschaffen sind. Die Kriegswirtschaft hat aber auch die Produktion von Waren (im Gegensatz der Kriegswirtschaft) geschaffen, die im Wert nicht mehr ungeschätzbar (sicherlich vernichtet); sie schafft nur ein „Mehr“ an Werten, welche aber zugleich sämtliches Vermögen, genau in dem Maßstabe, als die Vermehrung folgte, im Werte herunter.

Eine allgemeine Wertvermehrung der Vermögensgegenstände hat aber gleichzeitig stattgefunden. Es ist nicht mehr gültig für den Kapitalisten, daß ein Vermögen in Geld in Sachwerten besteht. Das Realvermögen, die realen Objekte, Grundstücke, Gebäude, Fabrikanlagen und Produktionsmittel haben die allgemeine Wertvermehrung nicht gemindert; am heutigen Geldwert gemessen sind diese Objekte vielmehr gerade um das Doppelte, was dieses Geld vor dem Kriege wert war, einen Wert, ein sonstiges Grundstück ein Gebäude muß heute oft das Doppelte gewahrt werden, noch mehr als das Doppelte wie früher. Wer ein solches Grundstück im früheren Werte von 20 000 M. besitzt, kann heute 40 000 Mark unter Umständen dafür bekommen. Er kann damit seine Schulden decken und noch eine gerade so große Summe übrig als diese hat, während in früherer Zeit sein Geldgeber (Bank) jederzeit leicht in der Lage gewesen wäre, ihm um keinen Pfennig zu bringen. Die Sachlage zeigt, daß auch die Vermögensgegenstände der Großgrundbesitzer und Landwirte im Wert der Zeit herabgesunken sind.

Unter angeführten Beispielen sind uns aber noch eine weitere bemerkenswerte Erscheinung aufgefallen, nämlich die, daß mit der allgemeinen Wertvermehrung auch die Schulden von früher enormer sind, und zwar ist es in der großen wie in der kleinen. Auch hier gibt es die diese Entwicklung für ein Bild hatten, die große Mehrheit aber hat nur Schaden davon.

Die Besitzer von Banknoten, Sparausweisungen, Scheckausweisungen, Scheckausweisungen, Scheckausweisungen, Scheckausweisungen sind also in Nachteil geraten gegenüber den Eigentümern von Gebäuden und Grundstücken, von Feld und von Waren und Rohstoffen, denn wenn die letzten das Doppelte oder noch mehr dafür wie früher; die ersten müssen zufrieden sein, beim Verkauf ihrer Papiere in Umständen diejenigen nur um den Nennwert an den Markt zu bringen.

„Man weiß ja“, so sagte kürzlich der Volkswirtschaftsprofessor Bücher in einem Vortrag, „das Geld ist: das Maschinen und Werkzeuge, Grund und Boden, Roh- und Hilfsstoffe allein in Betracht kommen, des Lebens Notwendigkeiten sind zuzuführen, daß das Volk einen Haushalt hat, in dem Vieh und Brot, und Eier, Leber und Kleider eine unheimliche Rolle spielen. Damit ist sehr zutreffend die Lage gekennzeichnet. Besser gibt heute oft lieber gegen ein Paar Stiefel ein Schweinefleisch heraus, als gegen Geld. Die natürliche Rationalität ist ein Symptom der Geldentwertung, obwohl die Tatsache im Grunde mehr der hohen Anpreisung an Gütern zuzuschreiben ist.“

Die papierenen Vermögenswerte an sich würden überhaupt ganz wertlos sein, wenn nicht der Zinsende die Hauptunterbrechung aufrecht erhalten bliebe. Nur in Verzinsung dieser Gelder liegt ihr Wert, ohne sie würde nur ein Fetzen Papier. Ob im Frieden oder unter dem Kriege, selbst in Revolutionszeiten, der Geldgeber erweist das er am Jahresfiskus seine Zinsen erhält. Das Kapital in jeder Form ist keine Spekulation, ist mit dem Leben verbunden. Die Banken und die Sparkassen können die verdrängten „Zinsen“ nicht einfach aus dem Vermögen schütten, das es hat (trotzdem zu „arbeiten“). Die Geldinstitute ziehen die Profite — um dann wieder die Zinsen ausgeben zu können — aus dem hypothetischen Markt, aus Handels- und Geschäftunternehmungen usw., was das ist, zur Verfügung stellte Geld „arbeiten“. Diese Summen werden selbstredend auf die dort erzeugten Güter draufgeschlagen, also abgezogen. Letzten Endes hat dann das Publikum in den Warenpreisen und Wohnungsmieten die Geldinlagen der Sparkassen und Banken mit zu bezahlen. Das erweiterte kapitale Volkvermögen erfordert aber auch höhere Zinsausgaben. Der Staat der eine Grund, warum die allgemeinen Warenpreise in der nächsten Zukunft nicht in dem gewünschten Maße sinken können.

Die Menge der Vermögenswerte, die auf Verzinsung Anspruch erheben, insbesondere Staatspapiere, wird sich nach dem Friedensschluß kaum verringern. Denn selbst wenn die Zinsen so niedrig sein, zu glauben, daß der Staat im Stande ist, wird, zu den anerkannten Terminen (1924 resp. 1926) den Anleiher der Kriegsanleihepapiere einlösen zu können, es ist schon schwerer Kapitalgeber zu veranlassen, auf Zinsen zu sitzen, um auch nur die Zinsen dieser Anleihen zu Steuern aufbringen zu können.

Betrachten wir auch die Verzinsung dieser Staatspapiere einmal unter einem großen, finanzpolitischen Gesichtspunkt. Vor dem Kriege betrug unsere Reichsschuld rund 10 Milliarden Mark (6000 Millionen), was bei einer durchschnittlichen Verzinsung eine jährliche Zinsausgabe von 200

Me ungenügend
umme dieses
ppelt bei
Bolkswirtschaft
uf etwa 200
len mit, daß
ber nur
nämlich
britanischen
en. Es ist
kernen Umfange
„Streichung“
aber ist
Die Kräfte
eit nicht mehr
ste nur ein
familiäres
Die Vermehrung
er Vermehrung
ist nicht mehr
nügen in
tal, die realen
und Produktion
wertung nicht
in sind viele
dieses Geld
anges Grundsätze
gehabt
Wer ein
von 20000
Umständen
haben
als ist dies
leidgeber
i, ihn um
auch diesmal
Dankbar
b. s.
ns aber
aufmerksam
entwertung
nd vor
hier gibt
Die große
Fertigfabrik
schließen
alten gegenüber
nftischen, von
dann wenn
ieren, erhalten
er; die ersten
ihrer
wert an dem
der Volkswirtschaft
„das Geld“
reue, Grund
teure, Grund
schließen, daß
auch
und
mische Rolle
petroleum.
Dieser
der Geldwert
der hohen
sich würden
„Zinsen“
bliebe. Nur
o, ohne
den oder
Geldgeber
erhält. Das
im Leben
die verpro
schließen, das
nstitute; sie
auszugeben
Handels- und
zur Verfügung
werden
gen, also
der Waren
der Spar
erte kapital
aufnahm
meinen
wandsch
Die an
pieren, wird
Denn
24 resp.
schen zu
erbracht,
er Vor
gier Anst
dieser
den
denfall
von 200

bar zu machen. Umgekehrt mit der Verbilligung der Waren geht es langsamer. Dem stehen die Kartelle und Syndikate, der Großhandel und der Kleinhandel in bewußter und auch wohl unbewußter Weise entgegen durch Maßnahmen, welche die Preise noch eine Zeitlang hochhalten. Erst, wenn der Wettbewerb der gegenseitigen Warenkonkurrenz in Wirkung tritt, dann würde auch das wirtschaftliche Gesetz auf Verbilligung der Waren sich durchsetzen. Eine Nicht-Geizigkeitserklärung der Kriegsanteile würde die Warenpreise senken, denn das Angebot der umlaufenden Zahlungsmittel würde reduziert, die Zahl der Warentäuser aus den beschränkten Kreisen würde kleiner, die Kaufleute müßten dem Rechnung tragen und die Ware verbilligen. Ein Faktor der Warenpreiserhöhung wäre beseitigt.

Die Darlegungen dieses Artikels lassen an Hand der Verhältnisse insbesondere zeigen, daß wir überhaupt in der nächsten Zeit auf billige Lebenshaltung rechnen müssen. Den Gewerkschaften fällt deshalb die Aufgabe zu, möglichst mit aller Schärfe für die Anpassung der Geldlöhne an die veränderten Warenpreise tätig zu sein.

Run bleibt noch die Frage offen, warum wir für unser Geld im Ausland heute nur ein noch geringeres Quantum an Waren bekommen können, als im Inland selbst. Damit wollen wir uns in einem weiteren Artikel beschäftigen.

Das Verbandsblatt.

Durch vereinte Kraft hat der Mensch die Kultur errungen, die er besitzt, und nur durch vereinte Kraft ist auch möglich weiterer Aufstieg. Das wissen wir, und darum haben wir uns ja verbunden in unserem gewerkschaftlichen Verbands, um in gemeinsamer Kraft zu erringen das Ziel unseres wirtschaftlichen Strebens. Und dieses wirtschaftliche Ziel ist zugleich ein Ziel des besten Wohls, voll höchster geistig-seitlicher Werte, die das Herz erbauen und mit heiligem Sohnen erfüllen, und darum ist uns auch unser Verband ein unser ganzes Herz erfüllendes, herzfreundender Verband. Zum Glück gehört uns auch die Organisation unseres Berufs; wir sind so durchdrungen von der Ueberzeugung ihres Wertes, daß es uns ein Lebensbedürfnis ist, ihr anzugehören. Unsere ganze Seele legen wir hinein in unseren Organisationsgedanken, so daß die ganze gewerkschaftliche Bewegung wird zu einer großen, drängenden festlichen Gemeinschaft.

Und Ihren Ausdruck findet dieses Erleben all der Brüder in unserem gewerkschaftlichen Verbandsblatt. Es ist der Niederschlag all dessen, das sich regte für unser Ziel, das das Hirn erdachte bei all unseren Schwestern und Brüdern, das ihr Herz erfüllte.

Wer darum seinen Verband liebt und glücklich ist in dieser Kampfsgemeinschaft, der hängt auch notwendigerweise innig an seinem Verbandsorgan. Schwestern und Brüder sind es, die da zu ihm sprechen. Sie haben zuhause gelassen, was an menschlichen Fehlern und Schwächen in einem jeden steht, und ihr Bestes hingegeden ihrem Blatte. Und die geistig-seitlichste Frucht, der damit ran dem Blatte ausgeht, bringt ein in das Fühlen und Denken seiner Leser und erweckt in allen ein großes, gemeinsames, gleiches Erleben, reißt all die Tausende von Herzen auf zu einem Schlage. Und darum ist das der erhebende Kulturwert unseres Gewerkschaftsblattes, daß es nicht nur gelesen, sondern mit warmem Herzen auch gefühlt wird.

Aus unserem Beruf.

Ueber die Wirkungen der achtstündigen Arbeitszeit für den Schuhmachergewerkschaftler. Um Unterlagen für die Wirkung der achtstündigen Arbeitszeit auf die einzelnen Berufe des Handwerks in Groß- und Kleinbetrieben zu gewinnen, hielt die Gewerkschaftler Dresden bei Berufsverbänden des Handwerks und Innungen ihres Bezirkes eine Umfrage, deren Ergebnis sie dem Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungsbericht berichtete. Aus dem Bericht ist folgendes hervorzuheben: Als eine Schädigung ihres Gewerbes empfinden die achtstündigen Arbeitszeit alle die Handwerker, welche nur zu gewissen, regelmäßig wiederkehrenden Zeiten stark beschäftigt sind, in der übrigen Zeit des Jahres dagegen nur geringe Verdienstmöglichkeiten haben. Das Schuhmachergewerbe vertritt, daß die Gesellen nach Beendigung der achtstündigen Arbeitszeit nicht möglich ist, und sich als notwendige Folge für die Kundschaffarbeiten und hierdurch sowie durch Vernachlässigung der Werkzeuge usw. aus der Werkstatt ihres Meisters in seinem Erwerb empfindlich schädigen. Ferner wird darauf hingewiesen, daß nach den gemachten Erfahrungen die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit in diesen Betrieben das Niedriginhalten von Gehältern und Lehrlingen sowie auch deren Entlohnung zur Folge haben wird, da diese Arbeitskräfte in dieser kurzen Arbeitszeit die hohen Löhne über auch ihren Unterhalt nicht verdienen und daß insbesonderes eine Steigerung der Arbeitslosigkeit sowie eine allgemeine wirtschaftliche Notlage der Hilfskräfte einleiten wird. In Bezug auf die Lehrlingshaltung wird insbesondere mehrfach ausgesprochen, daß eine hundertprozentige Ausbildung der Lehrlinge und eine Herabsetzung eines kulturmäßigen Nachwuchses im Schuhmachergewerbe bei einer achtstündigen Arbeitszeit nicht möglich ist, um ihrer als notwendige Folge der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit die Verlängerung der bisher vorgeschriebenen Lehrzeit ergeben wird. Die eingegangenen Berichte sollten beweisen, daß die allgemeine

gleichmäßige Einführung des achtstündigen Arbeitstages in allen Handwerksbetrieben nicht möglich ist, sondern daß vielmehr die einzelnen Handwerkszweige nach ihrer Eigenart und nach dem Umfang ihres Betriebes einer besonderen Behandlung in dieser Frage bedürfen. Zum mindesten sollte bei Regelung der Arbeitszeit den wirtschaftlichen Erfordernissen des Handwerks durch Erlass ausreichender Ausnahmbestimmungen, Uebergangsvorschriften und Ausfüllungsbestimmungen, insbesondere in Bezug auf die Lehrlingshaltung, Rechnung getragen werden.

Das ist der alte reaktionäre zünftlerische Geist. Wenn alle anderen Gewerbe sich mit den neuen sozialen Forderungen abfinden und danach einrichten, — die Schuhmacherrichtungen können es nicht. Diese „Schuster“ bleiben immer dieselben. Statt jetzt, wo sie es tatsächlich in der Hand haben, mit den anderen Gewerken vorwärts zu schreiben und auch in unserm Beruf Ordnung zu schaffen, da verlangen sie, daß mit ihnen eine Ausnahme gemacht wird. Gerade, weil in dem Gewerbe zeitweise starke und dann wieder schwache Beschäftigung vorhanden ist, muß die gleichmäßige Arbeitszeit als „günstiger“ eingestuft. Das es einige geringe Kollegen geben mag, die nach der achtstündigen Arbeitszeit zuhause noch schlafen wollen wir nicht bestreiten, der Verband wird und muß diesen „Selbstmördern“ aber das Handwerk legen. Wenn diese keinen besseren Gebrauch von dem Samstagstag zu machen wissen, so muß mit ihnen Fraktur geübt und sie zur Vernunft gebracht werden.

Herstellung von Ball- und Stoffschuhen. Durch den Ueberwachungsbesuch der Schuhindustrie wurde die Reichsstelle für Schuhverfertigung angeregt, einen Antrag von Berliner Schuhfabrikanten, Ballschuhe aus Stoff, Leder, Brokat herzustellen, abzulehnen, weil das Bedenken für Straßenschuhwerk notwendig gebraucht würde. Die Antragsteller beaupten, daß Verbot sei schwer durchzuführen, die Fabrikation von Ballschuhen sei nicht unangenehm, das Schuhwerk sei bedarfsdienlich, nur einmal, innerhalb 12 Monaten habe die Ausstellung eines Bedarfschuhes zu erfolgen. — Der Reichsreferat schlägt vor, das Verbot bis zur nächsten Saison zurückzustellen und mehrere Redner treten diesen Ausführungen bei.

Neue Arbeitszeit in den österreichischen Schuhfabriken. Der Verein der deutschösterreichischen Schuhfabrikanten hat mit der Gewerkschaft folgende neue Arbeitszeit vereinbart: Die Frühstüchtpause wird mit 10 Minuten täglich festgesetzt und in die normale Arbeitszeit eingerechnet. Die 48 stündige Wochen-Arbeitszeit wird in folgender Weise auf die einzelnen Tage aufgeteilt:
Montag bis inkl. Donnerstag 7-12 Uhr von 1/2- 5 nm.
Freitag von 7-12 Uhr von 1/2- 1/2 nm.
Samstag von 7-12 Uhr von

Das Putzen der Maschinen und Reinigen der Betriebsräume am Samstag fällt in die normale Arbeitszeit und wird daher nicht mehr als Ueberstundenarbeit angesehen.

Mitteilungen.

Altenburg. Nach langer Zeit ist es und endlich gelungen, wieder etwas Leben in unserem Verband zu bringen. Leider haben auch wir den Verlust einiger Kollegen als Opfer des Völkermordes zu beklagen und nun gilt es, die Lücken wieder auszufüllen, um die Zahlstelle wieder auf ihre alte Höhe zu bringen. Es gelang uns, in kurzer Zeit eine ganze Anzahl meistens jüngere Kollegen zu gewinnen. Eine der wichtigsten Aufgaben war nun, ein geregeltes Lohnverhältnis zu schaffen. Durch Verhandlung mit der Innung trat am 3. März ein Lohnstarif in Kraft, der als Uebergang zu dem Reichstarif dienen sollte. Da aber nun der Reichstarif für Altenburg nicht in Frage kam, wurde laut Veranlassungsbeschluss am 28. April eine neue Forderung eingereicht. Darin wurde ab 1. Mai völlige Festsetzung der Arbeitszeit und Einführung eines Stundenlohnes von 1.80—1.75 RM. verlangt. Obwohl in Altenburg fast jede Lohnveränderung eine Einklang erzielte, schien es doch diesmal nicht der Fall zu sein. Obgleich schon einige Arbeitgeber bewilligt hatten, erließen wir den Bescheid, daß unsere Forderung in Form und Höhe abgelehnt worden sei, was zur Folge hatte, daß laut Veranlassungsbeschluss vom 7. Mai die Arbeit vom 8. Mai ab ruhen sollte. Eine am 8. Mai stattgefundene Kommissionsitzung beider Teile, war erfolglos, so daß die Kollegen im Unklaren verbarren. Es ist aber zu erwarten, daß in Kürze unsere Forderung bewilligt und die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Schneeberg. Auch hier beginnen sich die Kollegen zu rühren und halten es als ihre Pflicht, soviel wie möglich die Organisation zu stärken. Nachdem vor einiger Zeit Gauleiter Weiß in einem Referat die Kollegen über „Zweck der Organisation und Reichslohnstarif“ unterrichtet, konnte am 12. Mai d. Js. zur Gründung einer Zahlstelle beschlossen werden mit einem Mitgliederbestand von 20. Ist dies doch unsommer erfreulich, da der hiesige Betrieb bis auf einzelne Jugendliche organisiert ist. Die Wahlen ergaben: Als erster Bevollmächtigter Kollege Bernhard Böhm, als zweiter Bevollmächtigter Richard Thierfelder und als dritter Bevollmächtigter Georg Müller. Zu Redfern wurden gewählt: Kollege Kurt Müller und Richard Georgie. Diese Kollegen ist es nun, an dem jetzt bestehenden Aufbau arbeiten und dafür zu sorgen, daß jeder in der Zahlstelle Beschäftigte sich der Organisation anschließt, denn unsommer bezieht heute die Tatsache, daß nur wenige sich menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse eringen kann, welcher sich seiner Berufsorganisation anschließt! Nun auf zu gutem Bedenken unserer Sackel!

**Bekanntmachungen
des Zentralverbandes**

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß
für die Woche vom 19. Mai bis zum 25. Mai der 21. Monats-
beitrag fällig ist.

Nürnberg, den 17. Mai.

Der Vorstand.

**Bekanntmachungen
der Ortsvereinigungen**

Frankenberg i. G. Mich. Büsch, 1. Bev., Körnerstr. 12;
Bruno Bieschlag, Kassierer, Scheffelstr. 7; Alb. Start,
Schriftführer, Mag. Strobel, Alb. Neuber, Kassierer.
Unterstützung zahlt der Kassierer aus. Vertretertotal
„Bürgergarten“.

Harburg. Wubmann, Marienstr. 43, 1. Bev.; Fr. Omirud,
Kassierer, Flor. Schriftführer; Holz Eiermann, Kassierer.

Schwannungen. 1. Bev.: Fr. Hauser, Reuterstraße 22,
2. Bev.: Jakob Altmich, alte Poststraße 31, 3. Bev.:
P. Gruber, Eberhardstraße, Unterzungen, zahlt der
2. Bev. abends von 6-8 Uhr aus.

Delegiertenwahl.

Ellenburg. Zum Gewerkschaftskongreß wurde von
unserer Verbandsstelle Kollege Wilhelm Ebert gewählt.

Rirschheim a. N. Zu dem am 30. Juni d. J. in
Nürnberg stattfindenden 10. Gewerkschaftskongreß hatte die
hiesige Zastelle Kollege Leg, Stuttgart, zum Delegierten
gewählt.

Delz. Zu dem am 30. Juni stattfindenden Gewerk-
schaftskongreß wurde Kollege Bergand a. Breslau ge-
wählt.

Berlin. Zu dem am 30. Juni d. J. stattfindenden
Gewerkschaftskongreß schlägt der Gau Berlin den Kollegen
Carl Bollmerhaus vor.

Breslau VIII. Zum Gewerkschaftskongreß kandidiert
Kollege Georg Reiner.

Burgundstadt. Für den Gewerkschaftskongreß in
Nürnberg hat die Zastelle Burgundstadt für den Wahl-

beizt Bayern den Kollegen Karl Bittermann, Be-
zirksleiter in Nürnberg als Kandidaten in Vorschlag ge-
bracht und bittet um Zustimmung.

Oroschen. Die hiesige Zastelle schlägt für den sechsten
Wahlkreis als Kandidat zur Delegiertenwahl zum Gewerk-
schaftskongreß den Bezirksleiter Kollegen Weise vor. Wir
bitten die Zastellen des sechsten Wahlkreises ihre Stimmen
auf diesen Kandidaten zu vereinigen.

Hurt a. M. Für den am 30. Juni d. J. in
Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftskongreß bringen wir
aus dem Wahlkreis den Kollegen Hans Fischer
a. M. in Vorschlag.

Wentwalde (Spreewald). In der Mitgliederversamm-
lung am 4. Mai wurde der Kollege August Giedow-
Fähnle einmütig zum Delegierten nach Nürnberg
zu dem daselbst stattfindenden Gewerkschaftskongreß vorge-
schlagen für den 8. Bezirk.

Groißsch-Luda. Als Delegierter zum Gewerkschafts-
kongreß in Nürnberg wird Bezirksleiter Rudolf Weise
Dresden vorgeschlagen. — Die Wahl zum Gewerkschafts-
kongreß findet am 1. Juni, vormittags 9 bis nachmittags
3 Uhr in Groißsch im „Alten Schützenhaus“ in Luda im
Gasthaus „Grüne Linde“ statt.

Halle. In der letzten Versammlung wurde Kollege
Illmer als Delegierter zum Gewerkschaftskongreß vorge-
geschlagen.

Heddingen. Die Zastelle bringt zu dem am 30. Juni
in Nürnberg stattfindenden Gewerkschaftskongreß ihren
1. Bev. Anton Kilmayer als Delegierten in Vorschlag.

Hannover. Von der Zastelle Hannover wurde der
Kollege Wepner als Kandidat zum Gewerkschafts-
kongreß für den 4. Wahlkreis aufgestellt.

Kornwestheim. In der letzten Mitgliederversammlung
wurde Kollege R. Süßler als Kandidat zum Gewerk-
schaftskongreß gewählt. Wir richten an die Zastellen
des 2. Bezirks die Bitte, ihre Stimmen auf unsere vorge-
schlagenen Kandidaten zu vereinigen.

Nürnberg-Gärth. Die hiesige Zastelle schlägt den
Kollegen Fritz Müller als Kandidaten für den 10. Ge-
werkschaftskongreß in Nürnberg vor.

Offenbach a. M. Zur Delegierten-Wahl zum 10. Ge-
werkschaftskongreß hat die Zastelle Offenbach a. M. für
den 3. Wahlkreis den Kollegen Hermann Schulz-Offen-
bach a. M. in Vorschlag gebracht.

Stadtilm. Als Delegierten zum 10. Gewerkschafts-
kongreß empfiehlt die Zastelle Stadtilm für den 8. Be-
zirk den Bezirksleiter Paul Zimmer.

Welschenfels. Die letzte Mitgliederversammlung hat
einstimmig den Kollegen Aug. Griebowig als Kandidat
zum Gewerkschaftskongreß vor.

Versammlungs-Kalender.

Mitgliederversammlungen.

Essenwalde. Donnerstag, den 5. Juni, abends 8
Uhr im Restaurant zur Mühle, Schwedersdorf.

Gera. Montag, den 26. Mai im Lokal von
Michel, Greizstraße.

Pöb. Dienstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr im
Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 60-62.

Stadtilm. Sonnabend, den 24. Mai, abends 8
Uhr auf dem „Schirrhäus“.

Schneeberg. Jeden letzten Montag im Monat ab
8 Uhr im Restaurant Dapeln, Bahnhofsstr.

Waldheim (Sachsen). Montag, den 26. Mai, ab
8 Uhr im Restaurant zur grünen Aue.

Zwönitz. Montag, den 2. Juni, abends 1/2
8 Uhr im Gasthaus „Zum Roß“ am Markt.

Inhaltsverzeichnis.

Swangwirtschaft oder freie Wirtschaft —
Richtlinien für Gewerkschaften. — Fürsorge. — Vom Wert
des Geldes II. — Das Verbandsblatt. — Aus unserer
Ruf. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. —
Sammlungskalender.

Werbungsstellen in „Gut Ton“ weiteste Verbreitung
durch den großen Leserkreis.

Redaktionschluss: Montag früh 10 Uhr
Sonabend früh, kurze Notizen und Depeschen
Montag früh in unseren Händen sein.
Die Redaktion.

Oesen- und Agraffen-Maschinen
In la. Ausführung, f. Schumacher bestens geeignet, sof. ab Lager lieferbar
Preise: Maschine Mk. 6.—, je eine Garnitur Stempel und
Matritzen für kleine, mittl. und gr. Ofen 1.50 u. 4.50 Mk.
je eine Garnitur Stempel u. Matritzen für kleine u. große
Agraffen 6.50 u. 13.— M., Preis d. r. Kompl. Masch. ne 23.50 M.
Ferd. Hartmann, Frankfurt a. M. Kaiser-
straße 46.

Tüchtige Handzwicker
für Hauschuhe und Lederstiefel
Durchwäher und Maschinenarbeiter
für Oberbeckstift und Fräsmaschine
werden sofort bei hohem Lohn eingestellt
Anton Müller, Gera-N.,
Widauerstraße 11.
**Tüchtiger
Zuschneider u. Schäftemacher**
zum sofortigen Eintritt in ein feines orth. päpstliches Maßge-
schäft einer größeren Industriestadt Wadens bei guter Be-
zahlung gesucht.
Offerten unter P. P. an die Exped. d. Bl.

**Großer und Kleiner Posten
Sohlenchone**
aus Stahl, zwei- und dreifach liefert billig
Paul Hohner, Metallwaren-Fabrik
Erfingen.
In Militär-Knerten sehr schöner
370.— Mk., Größe II 250.— Mk. Preisbroschüren
Biele und Goben 375.— Mk. Blanketbrochüren
Quarantänen, Kappen, Abschnur 300.— Mk. Preis
175 Mk. Proben von 3 Pfd. an per Nachnahme.
D. Hoffmann, Berlin-Friedenau, Körnerstr.

Handstanzmesse
Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50 Mk.
Fernruf 590 Amt Ostlig.
Theo Bremer, Merseburg i. Saale.
Die Ausbelleidungslehre Fachbuch 1. Ranges mit
moderne Lederfabrikation 870. Der Gerber 12
Herstellung logaren Leders 4. Die Oberlederfabrikation
12. Das Färben logaren Leders 870. Der Hand-
als Kaufmann 723. Lohnberechner 2. Rechenbelleidung
per Nachnahme. L. Schwarz & Co. Verlag, Berlin
Dresdenerstr. 80.

Krähe entfchl. Bestaufstuden geb. in 2
ohne Berufsführung 200 (K) f. dem
u. 100) Berl. W. H. Preiss. Ver-
zahl angeben. Spross, Bohum 503, Postfach 198.
Die Arterienverkalkung und Folge-
Fähmungen, Schlagfluß, Wesen, Verhütung und
lung von Dr. Luda. Wertvolle Ratsschläge und die
zur Verhütung. Preis nur Mk. 1.50 per Nachnahme
Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Glückliche

Watts-Maschinen-Leinen-Zwirn extra prima Qualität 18 2 fach,
für Schumacher und Schuhfabriken, das Kilo
in grau (4 Rollen) Mk. 52.—, das Kilo in schwarz
(4 Rollen) Mk. 56.— offeriert per Nachnahme
Gn. Tennerbaum, Leipzig, König Johannstraße 21, part. Telefon 8771.

**Bandonion- u. Kon-
zertina-
Spiele**
lost Euer Fachblatt „Gut Ton“ mit Noten-
(Probennummer 30 Pfg.).
Gut Ton-Verlag, Dresden - A. 21